

des Eindringens in die sozialistischen Länder, die sich der sozialdemokratischen Phraseologie bedient.“²³

Dieser Gesichtspunkt führt uns zum Wesen der Frage Rätewacht oder Nationalversammlung zurück, wobei wir im Auge behalten müssen, daß diese Frage sowohl 1917 und in den Jahren des Bürgerkrieges in Rußland als auch in der Novemberrevolution in Deutschland von der Bourgeoisie und ihren opportunistischen Sachwaltern als Fragestellung Rätewacht mit oder ohne Kommunisten verdeckt wurde.

Heute kann die imperialistische Bourgeoisie nicht direkt mit solchen Losungen gegenüber den Völkern der sozialistischen Staaten operieren. Die gleichen imperialistischen Kräfte, die in ihren eigenen Ländern jegliche demokratische Regelung abzuwürgen versuchen, treten mit allerlei Ratschlägen für eine „Verbesserung“ des Sozialismus in den Ländern auf den Plan, in denen das Joch des Kapitalismus beseitigt ist und ein starker sozialistischer Staat existiert. Dabei wird scheinbar die Existenz der sozialistischen Ordnung akzeptiert, sogar scheinbar die Existenz der kommunistischen Partei. Und doch wird im Grunde genommen, dem Wesen nach die Frage Rätewacht oder Nationalversammlung wieder (eigentlich: immer noch!) gestellt, eingebettet in die neue Situation. Immer geht es in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus im Kern um die Frage der Macht. Und dieser Kampf wird von den imperialistischen Kräften heute auf lange Sicht angelegt; er ist auf eine schrittweise Machtverschiebung berechnet.

Der Ansatzpunkt ist die Forderung nach einer sogenannten Demokratisierung, die selbstverständlich klassenmäßig nicht präzisiert wird. Als das Hindernis für diese „Demokratisierung“ wird die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien in den sozialistischen Ländern bezeichnet. In Westdeutschland umfaßt die Skala dieser Ratgeber die sozialdemokratischen Minister und die CDU/CSU-Minister, den Chefredakteur des „Vorwärts“, von Puttkammer, ebenso wie Springer.²⁴ Dabei wird die sozialdemokratische Phraseologie ausgenutzt. Auf kleinbürgerliche Illusionen wird gebaut. Es spannt sich eine Front von den offenen Verfechtern des Imperialismus bis zu solchen „modernen Marxisten“ wie Ernst Fischer, die die bürgerliche Politik in ihrem Feldzug gegen die „Diktatur der Partei“ unterstützen.²⁵ Es wird der Trennung von marxistisch-leninistischer Partei und Staat das Wort geredet, das Wesen der Partei wird in der Richtung hin zu einer Art „Gehirntrutz“²⁶ verbogen. Gelegentlich wird sogar unter Berufung auf Lenin gegen Leninsche Parteiprinzipien polemisiert.²⁷

Tatsächlich braucht die Arbeiterklasse die kommunistische Partei nach der Errichtung des sozialistischen Staates als führende und lenkende Kraft der ganzen Gesellschaft. Das sich in allen Lebensbereichen entfaltende Neue, der sozialistische Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen, verlangt das Wirken der Partei in allen Bereichen. Das gilt insbesondere für den Staat, das entscheidende Machtinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Die Isolierung der Partei von der Ausübung der Staatsmacht wäre gleichbedeutend nicht etwa nur mit einer Schwächung des sozialistischen Staates, vielmehr mit der Zerstörung seines Wesens. Als Machtinstrument und umfassendste

23 a. a. O., S. 51

24 Vgl. E. Honecker, „Führende Rolle der Partei — Wesensmerkmal unserer sozialistischen Ordnung“ (Rede auf dem 6. Plenum des ZK der SED), ND vom 8. 6. 1968, S. 5.

25 vgl. K. Hager, „Die philosophische Lehre von Karl Marx und ihre aktuelle Bedeutung“, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1968, Sonderausgabe, S. 10.

26 So V. Klokocka, in: Prävník, 1966, H. 7, S. 586 ff.

27 so G. Gensini, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1965, S. 985.